

# Für den Landkreis Göppingen in Berlin



**SPD**

Ausgabe 54 November 2017

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

zwei Monate liegt die Bundestagswahl nun zurück und noch immer ist nicht klar, ob die Regierungsbildung in der neuen Konstellation gelingt. Wir als SPD haben intensiv mit der Aufarbeitung unserer schweren Niederlage begonnen. Enttäuschend war dieses historisch schlechte Ergebnis vor allem deshalb, weil die Zeit der großen Koalition hauptsächlich von den politischen Erfolgen der SPD geprägt war. Aber ob Mindestlohn, Rente mit 63 und wichtige frauen- und familienpolitische Weichenstellungen – es ist uns nicht gelungen, als treibende Kraft für diese Errungenschaften im Gedächtnis der Wählerinnen und Wähler zu bleiben.

Ich bin froh, dass die erste Konsequenz für uns noch am Wahlabend feststand: Die SPD steht für eine Koalition mit der Union nicht zur Verfügung. Die große Koalition wurde – das war vielleicht das eindeutigste Ergebnis dieser Wahl – abgewählt. Eine Neuauflage von Schwarz-Rot wäre schlecht für die Demokratie in Deutschland. Denn dass sich viele Menschen von den Parteien und der repräsentativen Demokratie abwenden, liegt auch daran, dass die Unterschiede zwischen den etablierten Parteien für sie immer weniger erkennbar geworden sind. Eine große Koalition trägt dazu bei. Denn während hinter den Kulissen um Standpunkte gerungen wird,

dringt nach außen vor allem das Ergebnis des politischen Streits: der Kompromiss. Eine große Koalition sollte immer nur Notlösung sein. Sie darf nicht zum Dauerzustand werden.

Politische Unterschiede klar zu verdeutlichen ist für uns als SPD, die wir den Anspruch darauf haben, Volkspartei zu sein, eine Kernaufgabe im Erneuerungsprozess. Diese Aufgabe werden wir jetzt als Oppositionsführerin konsequent angehen. Wir werden die zukünftige Regierung sehr kritisch beobachten und kontrollieren. Wir werden sie mit unseren Zukunftsideen und -konzepten herausfordern. Und wir werden gleichzeitig ein starker Gegenpol zur neuen Opposition von rechts sein.

Voraussichtlich werde ich persönlich meinen politischen Schwerpunkt weiterhin in der Gesundheits- und Pflegepolitik haben. Denn es gibt noch viel zu tun, um die Rahmenbedingungen in der Pflege zu verbessern. Dafür werde ich mich weiterhin stark machen und freue mich gleichzeitig darauf, wie bisher auch mit den Menschen hier vor Ort im Gespräch zu bleiben und ihre Anliegen in Berlin mit einzubringen.

Ihre/Eure



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)



## Das politische Berlin im Übergang

Die Sondierungsgespräche zwischen den Unionsparteien, den Grünen und der FDP ziehen sich hin und eine Regierungsbildung lässt auf sich warten. So lange bleiben die bisherigen Regierungsmitglieder geschäftsführend im Amt. Eine Frist, bis wann eine neue Regierung gebildet sein muss, gibt es nicht.

Der neue Bundestag hat sich am 24. Oktober konstituiert, arbeitet aber vorerst auf Sparflamme. Denn die Fachausschüsse werden erst gebildet, wenn der zukünftige Ministeriumszuschnitt klar ist — also erst nach der Regierungsbildung.

Die Zeit wird genutzt, um die größte logistische Herausforderung zu stemmen, vor der die Bundestagsverwaltung am Beginn jeder Legislaturperiode steht: die Aus-, Ein- und Umzüge alter und neuer Parlamentarier. Diesmal müssen nicht nur fast 80 Abgeordnete mehr, sondern auch zwei zusätzliche Fraktionen untergebracht werden. In der SPD-Fraktion haben wir zum Beispiel 23 neue Mitglieder, während wir uns von 59 verabschieden mussten.

In der kommenden Sitzungswoche stehen nun erste wichtige Entscheidungen an, weil die Auslandseinsätze der Bundeswehr neu mandatiert werden müssen. Zudem wird für die Übergangszeit ein Hauptausschuss eingesetzt, der grundgesetzlich festgeschriebene Petitionsausschuss und ein Ausschuss für Wahlprüfung, Geschäftsordnung und Immunität sollen schon vor der Regierungsbildung gegründet werden. Außerdem wer-

den nächste Woche erste Oppositionsanträge wie unser Gesetzentwurf für ein Einwanderungsgesetz (s.S.3) in erster Lesung debattiert.

Wenngleich die offiziellen Gremien noch nicht eingesetzt sind, geht die inhaltliche Arbeit also bereits weiter. Wir als SPD-Fraktion bereiten uns intensiv auf unsere neue Rolle als Oppositionsführerin vor und erarbeiten Strategien und Anträge in Facharbeitsgruppen und Fraktion.

Und gleichzeitig nutzen wir die Zeit für den direkten Kontakt mit den Menschen in unseren Heimatregionen. Dazu haben wir gerade eine Aktionswoche gestartet, in der wir vor Ort mit vielen Menschen ins Gespräch gekommen sind (s. S. 5).



# Einwanderung endlich regeln

Um die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte in Zukunft besser nach den Bedürfnissen unseres Arbeitsmarktes steuern und gestalten zu können, brauchen wir in Deutschland ein Einwanderungsgesetz.

Wir sind auf qualifizierte Fachkräfte angewiesen, auch von außerhalb der EU: Denn viele gut ausgebildete Arbeitnehmer gehen in Rente, und es gibt immer weniger junge Menschen, die nachrücken. Dadurch wird es weniger Beitragszahler geben, die wichtig sind für die Sicherung der Renten. Und für unsere Betriebe im Handwerk und in der Industrie wird es schwieriger, Nachwuchs zu finden. Die bestehenden Einwanderungsregeln in Deutschland sind intransparent, zersplittert und unverständlich. Darum kommen Fachkräfte oft gar nicht und Arbeitssuchende aus dem Ausland wissen in der Regel nicht, welche Anforderungen hier gestellt werden.

Um dieses Problem endlich zu lösen, haben wir als SPD-Fraktion ein Einwanderungsgesetz entworfen. Es basiert auf einem Vorschlag, den wir bereits letztes Jahr erarbeitet haben. Die Union hat eine Debatte darüber konsequent verweigert.

Das sieht unser Entwurf unter anderem vor:

- Ein Punktesystem in Anlehnung an das kanadische Modell, zugeschnitten auf die Bedürfnisse des deutschen Arbeitsmarktes.
- Mindestens sechs zu bewertende Kriterien: Berufsqualifikationen, Sprachkenntnisse, Alter, Integrationsaspekte, Berufserfahrung und das Vorliegen eines Arbeitsplatzangebotes.
- Wie viele Personen tatsächlich einwandern können, soll der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates auf Vorschlag der Bundesregierung unter Berücksichtigung der arbeitsmarktpolitischen Bedürfnisse jedes Jahr neu festlegen.
- Fachkräfte mit einer beruflichen Qualifikation erhalten eine zunächst auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Ausübung einer ihrer Qualifikation entsprechenden Beschäftigung mit Option auf Verlängerung.

Der Entwurf wird in der nächsten Woche in erster Lesung im Bundestag debattiert.

# Von Panama zu Paradise

Nach den Panama Papers offenbaren die Paradise Papers erneut die systematische und weltweite Steuervermeidungspraxis von Reichen und multinationalen Konzernen. Für uns redliche Steuerzahlerinnen und -zahler, für kleine und mittelständische Unternehmen ist solches Verhalten ein Schlag ins Gesicht. Mit den Steuern, die dem Gemeinwesen entzogen werden, könnte mehr in Bildung investiert oder unsere Infrastruktur schneller auf Vordermann gebracht werden – Güter, von denen alle profitieren. Übrigens auch

diejenigen, die so findig sind bei der Vermeidung oder Hinterziehung von Steuern...

Diese Auswüchse des Kapitalismus müssen durch internationale Zusammenarbeit konsequent bekämpft werden. Dazu brauchen wir eine neue Initiative für ein international abgestimmtes Vorgehen gegen Steueroasen. Die künftige Bundesregierung ist in der Pflicht, wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Das fordern wir als SPD mit unserem Steuerexperten Lothar Binding. Mehr Infos [hier](#).

## Unterwegs im Landkreis

Es ist wieder so weit: Die Fasnet-saison ist eröffnet. Zum Auftakt war ich diesmal in Rechberghausen bei der Prunksitzung der Narrenzunft Furchenrutscher dabei. Klasse unsere Gemeinderätin Evi Ertinger auch im Fasching in Aktion zu erleben.



Zur Eröffnung der Ausstellung FARB-WERK der Salacher Künstlerin Edeltraud Dannenmann konnten Peter Hofelich und ich an die hundert Besucherinnen und Besucher begrüßen. Ab sofort ist die Ausstellung im SPD-Bürgerbüro in Göppingen zu sehen. Ein Besuch lohnt sich!

Zum Ortsbesuch war ich wieder einmal in Faurndau, dem größten Göppinger Stadtbezirk, um die neue Leiterin des Bezirksamtes, Chris Berger, kennenzulernen und mich mit ihr über kommunalpolitische Themen auszutauschen.





Im Rahmen der Aktionswoche "SPD-Fraktion im Dialog" war ich auf dem Göppinger Marktplatz unterwegs und kam mit vielen Menschen ins Gespräch. Ideen und Anregungen können der SPD-Bundestagsfraktion aber auch online geschickt werden unter: [www.spdfraktion.de/dialog](http://www.spdfraktion.de/dialog)



## Termine - 17. November bis 3. Dezember 2017

Freitag, 17. November

Sozialkammer der Evangelischen Kirche Deutschland  
Berlin

Samstag, 18. November

Landesparteitag  
Donaueschingen

Montag, 20. bis Donnerstag, 23. November

Sitzungswoche  
Berlin

Donnerstag, 23. November

Podiumsdiskussion zur Zukunft in der Altenpflegepolitik  
Berlin

Montag, 27. November 16:00 Uhr

AG Zukunft der Wohlfahrtspflege  
der Friedrich Ebert Stiftung Berlin

Freitag, 1. Dezember 15:00 Uhr

Spendenübergabe Gewinnsparen  
Volksbank Göppingen

Samstag, 2. Dezember

Mitgliederversammlung  
Deutsch-Koreanische Gesellschaft  
Bonn

Sonntag, 3. Dezember 19:00 Uhr

Auftaktkonzert der 44. NWZ-Aktion „Gute Taten“  
„Christmas Dreams & More“  
Stadthalle Göppingen

### Bürgerbüro



Roth Carreé Schillerplatz 10  
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46  
Fax: 07161 / 504 82 74

### Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1  
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157  
Fax: 030 / 227 70159



[www.heike-baehrens.de](http://www.heike-baehrens.de)  
[heike.baehrens.wk@bundestag.de](mailto:heike.baehrens.wk@bundestag.de)



[www.facebook.com/baehrensmdb](https://www.facebook.com/baehrensmdb)